

Traktat

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Tractatus de vita bona pro omnibus

Nachdenken über einen Maßstab für unser zukünftiges Handeln zur
Überwindung der Krisen und
über ein Bewertungskriterium für politische Entscheidungen

Ein wirklich Gutes Leben verlangt, dass ein solches für alle möglich ist, dass das eigene gute Leben nicht auf Kosten anderer gelebt wird. Daran, dass etwas getan und erreicht werden soll, das für ALLE möglich sein und gelten soll, ist zu messen, was getan werden soll und kann und was nicht.

Das „für ALLE“ ist der Maßstab für unsere Zukunft!

Die Frage nach dem Guten Leben stellen sich Einzelne oder kleine Gruppen seit Tausenden von Jahren. Stellen wir die Frage heute, wo die Erde die Grenzen unserer Lebensweise, die sich auf der Suche nach einem guten Leben entwickelt hat, erkennen lässt, dann muss sie zur Frage nach dem Guten Leben **für Alle** werden. Zugleich verlangt die Selbstverständlichkeit, mit der die Demokratie heute als verwirklicht ausgegeben wird, dass wir Menschen alle gemeinsam uns aufgerufen fühlen, nach dem Guten Leben für Alle zu suchen. Nur so wird Demokratie konsequent gedacht und verwirklicht. Mit ihr entscheidet sich der Ausgang der herrschenden Katastrophen- und Krisensituation, deren Grund auch darin zu sehen ist, dass stets wenige Menschen auf Kosten von vielen gelebt haben.

Somit eröffnet diese Krisensituation endlich den Blick auf das, um was es eigentlich geht: um ein Gutes Leben für Alle. Nichts Anderes fordert ja auch die einfachste Regel für ein gutes Zusammenleben: Lebe so, dass Du wollen kannst, dass auch alle anderen so leben.

Unsere Entwicklung als Menschheit hat uns vor die Entscheidung gebracht, so wie bisher weiter zu machen und damit in den Untergang der menschlichen Zivilisation zu treiben oder einen radikalen Wandel unserer Art und Weise, auf der Erde zu leben zu vollziehen. Als Teil der Natur ist unsere Entwicklung weiterhin vom Naturprinzip der Macht des Stärkeren bestimmt. Der Stärkere überlebt, setzt sich durch, breitet sich aus, bestimmt das Leben der anderen und lebt von ihnen. Eines lebt vom anderen. Das heißt aber auch, auf Kosten des anderen – auch dann, wenn es dabei selbst zugrunde geht.

Unsere Entwicklung war bisher und ist weiterhin bestimmt vom Prinzip der Herrschaft, zum Zweck der Ausbeutung von Mensch und Natur. Dies geschah und geschieht im Dienste von wenigen und auf der Suche nach einem „guten“ Leben für wenige. Das Herrschaftsprinzip und mit ihm die Ungleichheit zwischen den Menschen war und ist der Fortschrittmotor der Menschheitsentwicklung, zuerst für wenige, dann aber, mit der Industrialisierung, für viele. Mit ihm werden mittlerweile nicht nur die Möglichkeiten für wenige zu einem bequemen Leben geschaffen, sondern weltweit auch die Lebensbedingungen für viele, diesem vorgelebten bequemen Leben nachzustreben.

Vom Herrschaftsprinzip zum Prinzip der Solidarität und der Gerechtigkeit

Damit ist offensichtlich geworden, dass dieses (Natur)Prinzip, in seiner Fortführung durch den Menschen mit dem Ziel, die Arbeit zu erleichtern und letztlich zu überwinden und mit dem Ziel der grenzenlosen Verfügbarkeit der Erde, für ihr Lebenssystem, das unsere Lebensgrundlage ist, grundsätzlich unverträglich ist. Es geht aber nicht nur um die Unverträglichkeit für uns Menschen, sondern auch um den Eigenwert allen Lebens und Seins unserer Erde. Gottlosigkeit dürfte die richtige Beschreibung unseres Umgangs mit der Erde sein, der Vergessenheit gegenüber dem Wunder, dass etwas ist und nicht nichts, eine Vergessenheit, aus der eine unglaubliche Vermessenheit wächst.

Wenn wir Menschen auf erden- und menschenverträgliche Weise fortbestehen wollen, dann muss das Verhältnis von uns Menschen zueinander und zur Natur ein radikal anderes werden. Wir sind in der Menschheitsgeschichte an den Punkt gekommen, wo – auf die Spitze getrieben - die effektiven und die scheinbaren Vorteile der Beherrschung in ihrem Zerstörungscharakter offensichtlich werden.

Die erreichte technische Befreiung von der Natur, also die grundsätzlich mögliche Erleichterung der Lebensbedingungen aller Menschen, muss jetzt die Grundlage sein für den Übergang vom Naturprinzip der Herrschaft zum humanen Prinzip der Gemeinschaftlichkeit und Solidarität. Ersteres herrscht dort, wo zentralisierte Macht durch enteignete Selbstmächtigkeit der Menschen regiert, letzteres dort, wo die Selbstmächtigkeit der Menschen sich verbindet im Geist eines gemeinsam angestrebten Guten für alle.

Der genannte Punkt ist nicht nur der letzterreichte auf einer langen Zeitskala. Seine Möglichkeit, seine Potenzialität war und ist mit den beiden widerstreitenden Prinzipien überall in der Menschheitsgeschichte präsent, überall dort, wo Menschen für Menschen und ja, auch für Tiere und ihre Lebensräume da waren und da sind. Vielleicht sind wir jetzt aber an einem der letzten dieser Punkte angelangt, weil es weltweit im Grunde und aufgrund der technologischen Möglichkeiten kein Ausweichen mehr gibt vor den Folgen der Entscheidung für das eine oder das andere Prinzip.

Demokratie ist der entscheidende Schlüssel

Mit der Demokratie sollte das Herrschaftsprinzip im Grunde überwunden sein. Mit ihr sollten eigentlich alle Menschen gemeinsam bestimmen können, wie sie leben wollen. Das ist der Anspruch der Idee der Demokratie. Auch diese Idee ist schon lange in der Menschheitsgeschichte präsent, sie betrifft jetzt aber, wie nie zuvor, die gesamte Menschheit, die lebende und die zukünftige. Deshalb steht jetzt dieser Anspruch, der das Naturprinzip überwindet, zugespitzt im Raum und zwar, demokratisch, für Alle:

Wie wollen wir leben, so dass ein Gutes Leben für Alle möglich ist? Was können und sollen wir demokratisch wollen?

Die Frage der Demokratie war immer schon die Frage nach dem Guten Leben. Jetzt steht der Anspruch der Demokratie auf ein Gutes Leben für Alle als ihr entscheidender Beweggrund im Raum.

Das „**FÜR ALLE**“ wirkt wie die letzte große Herausforderung an uns Menschen. Es verlangt ein Höchstmaß an **Bewusstheit**. Und ist doch gerade das Bewusstsein, das uns Menschen mehr als alles andere auszeichnet.

Auf das Bewusstsein kommt es an

Bewusstsein ist etwas anderes als Wissen. Bewusstsein ist gewusstes Wissen, das man betrachtet, vor das man sich hin stellt, es ansieht und dem man sich damit stellt. **Gewusst** werden kann vieles, **bewusst** ist einem etwas unausweichlich im eigenen Leben. Nach dem, was uns bewusst ist, handeln wir.

Bewusst muss uns sein, dass wir auf Kosten anderer leben. Mit WIR sind alle gemeint, die wir gewollt oder unausweichlich ausgebeutete Arbeit und Natur für unser Leben in Anspruch nehmen, Arbeit und Natur, die so niemals von Allen auf dieser Welt beansprucht werden könnten.

Der notwendige Wandel

So wie Demokratie jetzt funktioniert, können wir gemeinsam nichts oder nur sehr wenig an dieser Tatsache ändern. Was bleibt, um dem Bewusstsein zu entsprechen, ist nur die Verweigerung. Vermeidung von Bewusstsein bietet sich als Selbstschutz an. Wir wissen um die Zustände und die Verhältnisse in der Welt, **wir wissen** auch, dass sie mit unserer Lebensweise zusammenhängen. Wir machen sie uns aber **nicht wirklich bewusst**.

Wirkliches, d.h. **wirkend werdendes Bewusstsein** kann erst dann entstehen, wenn wir etwas ändern können oder zumindest die Möglichkeit wahrnehmen, etwas für eine Veränderung zu tun. Oder dann, wenn wir selber erleben, was zur Befriedigung unserer Bedürfnisse angerichtet wird. Wir würden sie dann (eher) in Frage stellen. Denken wir an einen Besuch in einem Schlachthof. Ausbeutung findet überall statt, auch mitten unter uns. Denken wir an die Menschen, die für die belastendste und „schmutzigste“ Arbeit auch noch den schlechtesten Lohn erhalten. Für die Nutznießer am unsichtbarsten, aber mit den schlimmsten Auswirkungen für Mensch und Natur findet diese Arbeit inzwischen überwiegend fernab in anderen Kontinenten statt: mit Auslagerung von Arbeit, mit Abbau von Rohstoffen, mit Anbau von Lebensmitteln in Monokulturen. Dort manifestiert sich **imperiale Lebensweise**¹ am offensichtlichsten.

Jeder und überall ist die ganze Welt

So, wie wir mit unserer Lebensweise von der ganzen Welt Besitz ergriffen haben, so ist mit unserer Lebensweise jetzt die Welt im Ganzen mitzudenken und festzustellen: Unsere Lebensweise ist unvereinbar mit der Welt im Ganzen. Sie ist nur möglich, so lange Menschen irgendwo ausgebeutet werden und elendes Leben sein kann und die Erde eine Mülldeponie, eine Kraterlandschaft, verbrannte Erde.

Sie darf es nirgendwo sein, wenn es nicht überall so werden soll.

Mit der globalen Ausbeutung unseres schönen Planeten und der daraus folgenden Globalisierung einer damit möglich gewordenen Lebensweise sind die Grenzen eines lebenswerten Lebens auf der Erde deutlich geworden. Sie sind jetzt deutlich geworden und geben jetzt das notwendige rechte Maß vor, wo sie physisch spürbar werden und nicht, wie von Aristoteles gefordert, dank der Ausbildung der menschlichen Tugenden und geistiger Güter, mit denen das rechte Maß erkannt werden kann.

Die Grenzen des Wachstums und das rechte Maß

Aber auch hier ist wieder zu betonen: Auch das Wissen um das rechte Maß war immer schon vorhanden. Es konnte aber nicht wirksam werden. Denken wir nur an die Warnungen des Club of Rome, der in den Sechziger Jahren die Grenzen des Wachstums aufgezeigt hat. Man kann aber

¹ Siehe dazu: Ulrich Brand und Markus Wissen, Imperialen Lebensweise, Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, oekom vlg 2024

noch viel weiter zurück gehen. Es konnte nicht wirksam werden, weil das, was getan werden durfte und sollte und was nicht, nicht gemeinsam, sondern von wenigen Menschen bestimmt worden ist, die „**das Übermaß bis ins Unbegrenzte**“ suchen (Aristoteles, Politeia, VII, 1-9).

Die politische Ordnung als Schlüssel

Die Schlüsselstelle ist also die politische Ordnung, aufgrund der für eine Gemeinschaft beschlossen wird, was gelten und getan werden soll und was nicht. Offensichtlich war und ist die politische Ordnung, obwohl sie als „Demokratie“ ausgewiesen wird, noch nicht geeignet, uns Menschen gemeinsam das rechte Maß finden zu lassen.

Aristoteles nennt den besten Staat jenen, der dem Individuum die optimalen Voraussetzungen für das „gute Leben“ ermöglicht. Diese Voraussetzungen seien in der Verfassung festzulegen, auf die die menschliche Gemeinschaft zu verpflichten sei. Dazu seien von jedem einzelnen Menschen Tugenden zu entwickeln und als Orientierungsmaß zu leben, um eine Gemeinschaft von Gleichen im täglichen Leben zu ermöglichen; und diese Tugenden schließen die Schrankenlosigkeit und Maßlosigkeit aus: „Denn keiner wird einen Menschen glücklich nennen, der keinen Teil an der Tapferkeit, Selbstzucht, Gerechtigkeit oder Klugheit besitzt, ... (aus Leopold Kohr, Das Ende der Großen, Otto Müller Vlg, Salzburg, 2002, 2. Auflage, aus „Vorwärts zum menschlichen Maß, Anmerkungen zum „Ende der Großen“ von Ewald Hiebl und Günther Witzany.)

Systemwechsel

Nun, wir leben nicht in einer politischen Ordnung, in Staaten, die die „inneren (geistigen) Güter“, die Tugenden befördern, sondern, ganz massiv, die Anhäufung und ständige Erneuerung materieller, äußerer Güter. Damit leben wir, laut Aristoteles, in schlechten Staaten, in denen nicht das „gute Leben“ befördert wird, sondern auf der einen Seite ein maßloses und auf der anderen, damit verbunden, ein elendes und dürftiges, ein entwertetes Leben verursacht und in Kauf genommen.

Das Gute Leben wird nicht mit dem Übermaß materieller Güter gewonnen, sondern mit der geistigen Kraft zum rechten Maß. Und das gilt umso mehr für ein Gutes Leben für Alle.

Wer die Realität benennt, wie sie ist und nicht versucht, sie schön zu reden, der würde vielleicht sagen: So ist das Leben eben, die Menschen sind verschieden, die einen sind stark, andere schwächer und so verteilt sich die Arbeit und ihr Ertrag auch ungleich. Nur, es gibt nicht nur die – schlechte – Realität, sondern auch eine gute und ein anderes Verständnis vom Menschen für dessen Wirklichkeit die Bedingungen zu schaffen sind. Es war und ist schon immer wieder anders und kann deshalb auch anders werden.

Die Frage nach der Freiheit und dem Guten Leben für Alle

Wir haben also ein Problem mit unserer Freiheit und unserem Verständnis von ihr. Wir haben Produktions- und Konsumfreiheit im Rahmen von Regeln, die politisch festgelegt werden. In diesem Rahmen empfinden wir uns als frei. Wir sind frei nach den vorgegebenen Regeln zu funktionieren, zu produzieren und zu konsumieren. Und, je mehr von dieser Freiheit genutzt wird, desto besser!

Wir sind aber nicht frei, die Regeln für die Nutzung dieser Freiheit selbst festzulegen, die Bedingungen für unser Leben selbst festzulegen und dafür Verantwortung zu übernehmen, nicht darüber zu entscheiden, wie und was produziert und konsumiert wird. Genau diese Situation beschreibt das Bild vom Hamsterrad.

Es ist schwierig, in einer Welt, in der die Freiheit des Habenkönnens befeuert wird, die politische Freiheit als die Freiheit verständlich zu machen, von der alles abhängt, also die Freiheit einer Gemeinschaft von Menschen, sich zusammen einen Rahmen zu geben, in dem ein gedeihliches Leben möglich ist.

Wir haben eine Vorstellung davon, wie die Freiheit bestimmt sein sollte, mit der es möglich sein muss, die Regeln der Freiheit des Handels zu bestimmen, also die politische Freiheit. Wir haben ein Bild von der Demokratie, wie wir sie brauchen.

Mit der Frage nach dem Guten Leben für Alle geht es um die Freiheit des Handelns: Was ist zu tun für ein Gutes Leben für Alle? Was dürfen/was sollen wir tun und was nicht?

Das wird politisch festgelegt und ist uns also weitgehend entzogen.

Sicher, es gibt auch noch eine dritte Art von Freiheit, man könnte sie als die geistige Freiheit bezeichnen. Das ist die Freiheit, etwas zu tun oder zu lassen, indem wir uns selber bestimmen und uns jenseits aller gegebenen Regeln dafür verantwortlich wissen.

Die Frage scheint also die zu sein: bei welcher Freiheit ist anzusetzen für ein Gutes Leben für Alle? Das könnte die erste Frage sein, die zu klären ist und mit der wir uns befassen müssen.

- Setzen wir auf die geistige Freiheit des Menschen, auf seine Einsicht, auf ein wachsendes Bewusstsein, auch auf ein Lernen aus Fehlern, eine Freiheit, mit der jeder für sich allein entscheidet, was er tut und was nicht
- oder setzen wir auf die politische Freiheit, mit der alle und für alle die Bedingungen festgelegt werden, was zu tun ist und was nicht.
- Oder ist auf beide Freiheiten zu setzen, sind beide zu entwickeln, ist an beiden zu arbeiten – sind beide zu befreien?

Die Bedeutung der politischen Freiheit

Menschen auf der ganzen Welt bemühen sich darum, dass die politische Freiheit in ihrer essenziellen Wichtigkeit verstanden wird. Es scheint, dass sie mehr und mehr nicht nur in der Problemlösung zu kurz kommt, sondern auch im Diskurs über die Problemlösungen.

Sicher, da sind dann die Fragen:

- Wie stark ist geistige Freiheit überhaupt, ist sie den Menschen, den Vielen zuzumuten oder ist sie nur Sache von wenigen?
- Wie kann politische Freiheit ausgeübt werden, wie können wir die politische Freiheit so gestalten, dass sie allen Menschen ermöglicht, über ihre Lebensbedingungen und deren Auswirkungen auf andere zu entscheiden?

Wenn wir die nötige politische Freiheit hätten, über unsere Lebensbedingungen und ihre Auswirkungen auf die anderer Menschen zu bestimmen, dann wäre die Orientierung an einem Guten Leben für Alle wahrscheinlich die, die in den überwiegend bevorzugten Antworten der Online-Befragung zu einem Guten Leben für Alle gewählt worden sind (Link).

Jedenfalls machen die bevorzugten Antworten deutlich, dass vergangenes und gegenwärtiges politisches Handeln mit seinen Ergebnissen weit davon entfernt ist, diesen Erwartungen gerecht zu werden und sie zu erfüllen.

Gefragt wurde danach, worin ein Gutes Leben besteht,

was die Voraussetzungen sind für ein Gutes Leben in den Bereichen Arbeit, soziales Umfeld, Politik, Mobilität, Bildung, Informationsmöglichkeit, Lebensraum, Energieversorgung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

1. Arbeit

Eine Arbeit, die mir wichtig und wertvoll ist und die mich befriedigt.

2. Soziales Umfeld

Sich aufgehoben wissen in einer großen, freundlichen Lebensgemeinschaft.

3. Politik

Alle Gewählten sollen unabhängig von ihren Zugehörigkeiten nicht nur untereinander zusammenarbeiten, sondern auch mit allen BürgerInnen, die an der Lösungssuche und an den Entscheidungen beteiligt sein wollen.

4. Mobilität

Mobilität ohne eigenes Auto mit absolutem Vorrang für nichtmotorisierte und für öffentliche Mobilität soll weitestgehend gesichert sein.

5. Bildung

Alle sollen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, die von ihnen angestrebte Bildung erreichen können.

6. Information

Öffentliche, politisch unabhängige und von wirtschaftlichen Interessen freie Information soll besonders gefördert werden. Sie ist vor Falschmeldungen, Hass und Hetze zu schützen.

7. Lebensraum

Ein gesundes Lebensumfeld (saubere Luft, kein Lärm, Grün, sichere und ansprechende Begegnungsräume), in dem eine gute Versorgung mit den notwendigen Gütern und mit Sorgediensten gewährleistet ist.

8. Energieversorgung

Indem die Bildung von Energiegemeinschaften zum Ausbau der erneuerbaren Energie gefördert wird und die Bevölkerung bei der Energieversorgung mitbestimmen kann.

9. Gesundheitsversorgung

Öffentlicher und privater Gesundheitsdienst soll gleichermaßen, also ohne finanzielle, qualitätsmäßige und zeitliche Benachteiligung, für alle zugänglich.

10. Ernährung und Landwirtschaft

Die Verwendung regionaler Produkte aus dem biologischen Anbau soll gefördert und so für alle zugänglich gemacht werden.

Was ein Gutes Leben für Alle verhindert

1. Ein weltweites politisches und ökonomisches System, in dem es möglich und selbstverständlich ist, andere Menschen zu beherrschen und auszubeuten.
2. Die menschliche Gier und der menschliche Egoismus.
3. Dass wir uns nicht als Teil der Natur und von ihr abhängig verstehen.
4. Dass Demokratie noch nicht vollständig und nicht überall verwirklicht ist.

Wie wir am ehesten zu einem Guten Leben für Alle kommen

Durch einen Bewusstseinswandel hin zu einer weltweiten Solidarität bei einem relevanten Teil der Menschen in den westlichen Ländern. Und in zweiter Linie durch eine **radikale Demokratisierung** der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse weltweit.

Wer über die Maßnahmen und Regeln entscheiden soll, um ein Gutes Leben für Alle zu verwirklichen?

Ausgeloste Bürgerräte erarbeiten mit fachlich qualifizierter Unterstützung Vorschläge, die in Volksabstimmungen oder von den politischen Vertretern beschlossen werden.

Der Weg zum Guten Leben für Alle

führt über die Selbstaktivierung im Sinne von Selbstverantwortung, Selbstbewusstsein, Selbstermächtigung, Selbsthilfe, Selbstorganisation, Selbstbestimmung, Selbsterkenntnis, die gemeinsam mit anderen erfolgt im solidarischen Geist.

Selbst heißt: du bist gemeint, wer, wenn nicht du, du musst wissen und dich entscheiden, du bist verantwortlich.

Aber, alleine kannst du nur verzweifeln. Wenn du etwas erreichen willst, wovon du überzeugt bist, dann muss das auch andere überzeugen können, nur **zusammen mit anderen** kann etwas für viele/alle erreicht werden.

Die Verbindung von der Verpflichtung zum Selbst und zum Zusammen-etwas-Erreichen ist die **Solidarität**, das heißt, für das Ganze, für alle eintreten und handeln und nicht für sich allein.

WIR WOLLEN ALLE EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE WAS IST DER LEITWEG DAHIN, WAS IST DAFÜR ZU TUN? Was muss für diesen Weg bestimmend sein?

Es bedarf der Beteiligung aller, die guten Willens sind, soziale Gerechtigkeit ist zu verwirklichen, Ungleichheit zu überwinden, Solidarität zu praktizieren und dazu braucht es nicht mehr und nicht weniger als echte, ganzheitliche Demokratie, die die Beteiligung Aller ermöglicht. Im Anspruch von Demokratie steckt schon das Alle, dem gerecht zu werden ist! Nur mit Handlungsmöglichkeit für alle, kann in den Menschen auch das nötige Bewusstsein entstehen.

Erreicht werden muss, weltweit gesehen, ein erheblicher Rückbau für „wenige“, der aber für alle zum Gewinn von Lebensqualität werden kann und muss. Das bewundernswerte Beispiel von Marlene Engelhorn, die einen Bürgerrat beauftragt hat, den Großteil ihres Millionenerbes in die Gesellschaft zurückzuführen, zeigt, dass das möglich ist, ebenso wie der Aufruf aus den Reihen der Reichsten, sie mögen höher besteuert werden. Für die Vielen braucht es vor allem die Freiheit der Selbstorganisation, der Selbstermächtigung,

der Selbstbefähigung zur Selbsthilfe ..., für die Wenigen die Beschränkung und die Kontrolle durch Alle. Genau das ist der Beweggrund für die Entstehung und für die fortdauernde Bestärkung der Notwendigkeit von Demokratie.

Das ALLE als der Maßstab für unser Leben.

Das Alle steht für Gerechtigkeit, für Solidarität, für echte Demokratie!

Lebe so, dass du wollen kannst, dass alle – auch zukünftige Generationen – so leben können wie du.

KONKRET – DAS KÖNNEN WIR JETZT TUN

Die notwendige Veränderung hat schon begonnen. Sie ist aufzugreifen und ihre Elemente sind miteinander zu verbinden. Sie muss erfahrbar werden, das Gute daran bekannt und sie so bewusst gemacht werden.

So wie zu wünschen ist, dass die politische Vertretung in einer Konkordanzdemokratie zusammenarbeitet, so sollten auch die Menschen und Organisationen in der Zivilgesellschaft mit diesem Ziel zusammenarbeiten. Jetzt, wo die Art, wie wir hier bei uns leben, den Fortbestand der menschlichen Zivilisation in Frage stellt, kann es keine vordringlichere Aufgabe geben, als dass wir gemeinsam eine Vorstellung davon gewinnen, was ein Gutes Leben für Alle sein kann und was dem entgegen steht. Das, was dazu bewegt, ist, was Papst Franziskus die „Sorge für das gemeinsame Haus“ nennt. Das gemeinsame Bemühen darum ist eine eigene Aufgabe, vielleicht die wichtigste, die einen ausgeprägten Willen dazu und eigene Zeit verlangt. Denn angesichts der Situation, in der wir uns befinden, ist klar, dass wir es nur dann schaffen können, wenn wir zusammenarbeiten.

Das Einende ist im Auge zu behalten und dieses ist, was kann es anderes sein, das Gute Leben für Alle.

Lokal, in unserem Land Südtirol, ist das gemeinsam dafür zu schaffende Instrument eine Digitale Plattform. Entscheidend wird sein, sie so zu gestalten, dass sie einfach und gut anzuwenden ist, bekannt wird und möglichst von allen genutzt werden kann. Sie scheint, richtig eingebettet und angewandt, gute Voraussetzungen zu erfüllen, die Bedingungen zu schaffen für den Wandel/die Transformation. Sie kann die dazu nötige Verständigung möglich machen. Nötig ist eine solche **Plattform**, weil die Instrumente der Partizipation und der Mitbestimmung in Südtirol seit über 20 Jahren von der Verwaltung nicht in einer Form zur Verfügung gestellt werden, dass sie anwendbar sind. Wäre das geschehen, dann hätte das Leben in unserem Land jetzt schon eine fundamental andere Qualität. Nicht nur materiell, sondern vor allem im Sinne eines geistigen Wohlstandes, an den in der herrschende Politik kaum gedacht wird.

Seit Jahrzehnten verfolgen Menschen aus der Gesellschaft heraus in vielen Ländern wie auch in Südtirol, zum Teil aber auch Verwaltungen wie z.B. in der Mongolei und in Taiwan, die Einführung und die gut anwendbare Ausgestaltung direkter politischer Beteiligungsmöglichkeiten, mit denen eine gesamtgesellschaftliche Verständigung und Abstimmung in allen wichtigen Fragen stattfinden kann und mit denen Minderheiten ihre

Vorschläge für die gesamte Gesellschaft zugänglich und für gemeinschaftliche Bearbeitung bereitstellen können.

Sie erhalten mit einer solchen schon vielfach bewährten digitalen Plattform eine vorläufige Grundlage für ihre Bestrebungen. Sie soll unter veränderten politischen Bedingungen, die auch mit Hilfe einer solchen Plattform geschaffen werden können, und zusammen mit den Instrumenten der Direkten Demokratie, das institutionelle Instrumentarium der Menschengemeinschaft auf allen Ebenen werden, den notwendigen Wandel gemeinsam und in Abstimmung miteinander zu entwerfen und nötigenfalls diesen selbst zu beschließen.

**WORÜBER WIR IM SINNE EINES GUTEN LEBENS FÜR ALLE
AUF DEN VERSCHIEDENSTEN EBENEN UNS VERSTÄNDIGEN UND ABSTIMMEN
KÖNNEN SOLLTEN**

(Bitte eigene Vorschläge für die verschiedenen Ebenen – Gemeinde, Land, Staat, EU -
eintragen und die aufgelisteten bewerten)

Auf [Google docs](#) können die Tabelle direkt bearbeitet werden.

Gemeinden

| Bewertung 1 – 10 (niederste - höchste) | Vorschlag | |
|---|---|--|
| | Fakultativ soll die Bürgerschaft über alle größeren öffentlichen und privaten Bauprojekte abstimmen | |
| | die rigorose Beschränkung des Aufkommens und der Geschwindigkeit des motorisierten Individualverkehrs | |
| | die Umstellung der Mensen auf lokale und biologisch angebaute Produkte | |
| | Sicherung der dezentralen Versorgung aller | |
| | Beispiel Malser Weg (aus: Die Ziele des Malser Weges ») <ul style="list-style-type: none"> • Alle Menschen mitnehmen und teilhaben lassen. • Sich gegenseitig wertschätzen und unterstützen • Sich der kulturellen Identität des Oberen Vinschgau bewusst sein und sie möglichst vielen Menschen bewusst machen • Kooperativ wirtschaften • Hochwertiges Handwerk mit lokalen Ressourcen • Vielfältige biologische Landwirtschaft • Stärkung der regionalen Kreisläufe • Mitentscheidung der Bürger*innen auf allen Ebenen • Förderung einer gesunden Umwelt für Mensch, Tier und Pflanzen • Partizipation in der Gestaltung des Zusammenlebens | |
| | | |
| | | |
| | | |

Land

| Bewertung 1 – 10 (niederste - höchste) | Vorschlag | |
|---|------------------|--|
| | | |

| | | |
|--|--|--|
| | die Gestaltungshoheit der wahlberechtigten BürgerInnen der Regeln der demokratischen Beteiligung (Wahlgesetz und Gesetz zur Direkten Demokratie und Partizipation) | |
| | die Einführung eines Klimagesetzes und einer Artenschutzgesetzes mittels Volksabstimmung | |
| | Beispiel für Rückbau: Abschaffung der anfänglich alles eher als selbstverständlichen künstlichen Beschneidung | |
| | Reduzierung der individualmotorisierten Zugänglichkeit von Erholungsgebieten | |
| | Tempo 30 in allen Wohngebieten | |
| | | |

Staat

| Bewertung 1 – 10 (niederste - höchste) | Vorschlag | |
|---|---|--|
| | autonome Verwaltung von kantonalen Einheiten unter der Bedingung direktdemokratischer Mitbestimmung | |
| | | |

EU

| Bewertung 1 – 10 (niederste - höchste) | Vorschlag | |
|---|--|--|
| | Projekt der Kantonalisierung Europas = Auflösung der Nationalstaaten wie ursprünglich mit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft beabsichtigt | |
| | Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens | |
| | Einführung Gehaltsobergrenzen | |
| | Verbot von Kontinentalflügen | |
| | Verbot von Privatjets | |
| | allgemeine Geschwindigkeitsreduktion (auch im Zugverkehr) | |
| | Fairer Handel mit anderen Ländern | |
| | steuerliche Entlastung von menschlicher und tierischer Arbeit gegenüber Arbeit mit Fremdenergie und - | |

| | | |
|--|---|--|
| | materialeinsatz | |
| | Planung gewaltfreier Verteidigungsformen (Beispiel Dänemark vor dem 2. Weltkrieg) | |
| | Planung Arbeitszeitreduktion | |
| | Reparierbarkeit der Produkte | |
| | | |

Internationale Aktionen von unten

- dauerhafter, aktiver Klimastreik in den Schulen: ein Jahr lang bestimmen die SchülerInnen den Lehrplan und organisieren sich die nötige Kompetenz und Information

Zum Beispiel: ATTAC (<https://www.attac.at/ueber-attac/was-ist-attac>)

Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle Menschen

Attac ist Teil einer internationalen Bewegung, die sich für eine demokratische, sozialökologische und geschlechtergerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle - heute und in Zukunft lebenden - Menschen. Wir setzen uns ein für:

- ein Finanzsystem, in dessen Zentrum das Gemeinwohl steht
- Klimagerechtigkeit - denn die Klimakrise lässt sich nur wirksam bekämpfen, wenn sie als globales Problem verstanden wird.
- ein gerechtes Welthandelssystem
- mehr Steuergerechtigkeit
- ein demokratisches und nachhaltiges Agrar- und Energiesystem
- soziale Sicherheit
- umfassende Demokratisierung
- ein Ende des internationalen Standortwettbewerbs

Setzen wir uns für ein Gutes Leben für Alle ein, indem wir zuallererst die politische Macht erstreiten, als BürgerInnen selbst zu entscheiden, was geschehen soll und was nicht!

Jänner 2025

ANHANG 1

Ö1 Dimensionen 5.2.2025, Schmutziges Geschäft: Lithiumabbau in Bosnien

Westeuropäische Unternehmen wollen im bosnischen Lopare Lithium abbauen. Mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten, versucht eine Investigativrecherche aufzuzeigen.

Insbesondere für die Elektromobilität ist der Rohstoff heiß begehrt. Doch vor Ort hagelt es Kritik: Geltende Gesetze seien umgangen, die lokale Bevölkerung ignoriert worden. Die Abbauregion liegt in der Republika Srpska, deren serbisch-nationalistischer Premierminister Milorad Dodik mit Korruptionsverfahren belastet ist und unter US-Sanktionen steht. Aber auch der hohe Repräsentant der Vereinten Nationen in Bosnien – der CSU-Politiker Christian Schmidt – spielt eine Rolle: Er hat in der heiklen Landfrage ein gesetzliches Schlupfloch für internationale Bergbaukonzerne geöffnet. Was bedeutet der Konflikt um Rohstoffe für die fragile Nachkriegsordnung in Bosnien?

„Lithiumvorkommen gibt es überall in Europa, sogar deutlich größere als bei uns. Aber an keinem anderen besiedelten Ort in Europa gibt es eine Lithiummine. Wenn solche Minen so viel Wohlstand und Prosperität bringen, wie man uns verspricht, warum baut man dann keine in Deutschland oder Österreich, wo es mehr Lithium gibt als hier? Der Balkan soll der sogenannten Grünen Transformation der Europäischen Union geopfert werden, damit sie die CO₂-Emissionen verringern kann, wird alles, was der Umwelt schadet, hierher verschoben. Für Europas kritische Rohstoffe werden wir hier zur Bergbaukolonie erklärt und unsere saubere Luft, Wasser und Nahrung zerstört, damit die Menschen in der EU weiter so leben können, wie sie es gewohnt sind.“ Lehrerin Andriana Patič in Lopare.
„All diese kritischen Rohstoffe werden für eine Gesellschaft in der Konsumfalle benötigt. Uns wird gesagt, dass wir all diese unseligen Produkte kaufen müssen, um ein bequemes Leben zu führen. Ich glaube nicht, dass wir für ein gutes Leben so viele Elektroautos und -lastwägen brauchen. Vielleicht ist das die Diskussion die wir eigentlich führen sollten. Was brauchen wir und was brauchen wir nicht.“ Dragon Ostič von der Umweltorganisation „Center for the Environment“ in Bosnien.